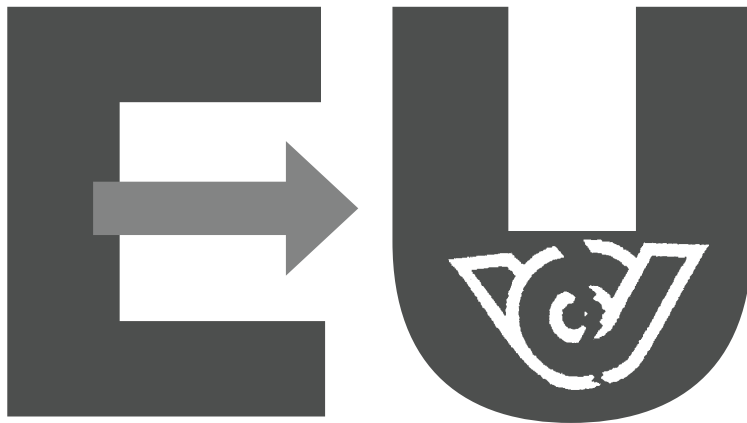


Raus aus der Sackgasse!



**Stopp der Zerschlagung der österreichischen Post!
Keine weiteren Postamtschließungen und Arbeitsplatzabbau!
Voll-Verstaatlichung der Post!**

Das Post-Management plante, dass bis zum Jahr 2015 die Schließung von weiteren 1.000 Postämtern und die Entlassung von 9.000 Beschäftigten durchgezogen werden soll. Noch-Infrastrukturminister und designierter Kanzler Faymann verordnete ein Bedenkzeit. Immer deutlicher zeigt

sich, dass die Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in einem Debakel für die Beschäftigten und die Kunden mündet. Gewinner wären die Aktionäre und ein unverschämt hochbezahltes Management.

Skandalöse Entwicklung der Post:

Beschäftigte:	von 35.493 (1999)	auf 25.764	= minus 27,5%
Postämter:	von 2.468 (2000)	auf 1.311 (2007)	= minus 47%
Gewinn (EBIT):	von 28 Millionen (2003)	auf 163 Millionen (2007)	= plus 580 %
Dividende pro Aktie:	von 0,51 EUR (2003)	auf EUR 1,40 (2007)	= plus 275 %

Quelle: <http://www.post.at>

Sollten Pläne des Post-Managements verwirklicht werden, heißt das bis 2015: Halbierung der Beschäftigten seit 1999 (minus 47%) und Schließung von 88% aller Postämter.

Motor dieser verheerenden Entwicklung ist die Liberalisierungspolitik der EU, die schon bisher schrittweise die Öffnung der Postmärkte vorgeschrieben und zur der Versorgung mit Post-Dienstleistungen geführt hat. Bis 2011 soll die Totalliberalisierung der Postmärkte abgeschlossen sein. Dann wird es auf europäischer Ebene nur noch 2 bis 3 Post-Konzerne geben.

Da die EU-Richtlinien, die die Post-Privatisierung vorschreiben, nach Mehrheitsprinzip auf EU-Ebene beschlossen werden, können die großen EU-Staaten im Interesse ihrer Konzerne kleinere Staaten überstimmen und damit deren öffentlichen Postanbietern den Garaus machen.

In den letzten Wochen wurde vielfach der Eindruck vermittelt, die Regierenden hätten aus der Jahrhundertfinanz- und Wirtschaftskrise gelernt. Eine Rückkehr zum neoliberalen „business as usual“ kann es nicht geben, hörte man einhellig

aus Konzernvorständen und Regierungskonferenzen. Die EU wurde verschiedentlich als Krisenmanagerin und Hort krisenabwehrender Regulierung gefeiert. Das ist alles nur Show. Die große Abzocke auf Kosten der Arbeitenden und der Gemeinschaft soll ungebremst weitergehen. Es gibt einen Weg – raus aus der Sackgasse –, für eine demokratische Wende! Gehen müssen wir ihn selbst.

Wir fordern daher:

- **Stopp dem Beschäftigungsabbau und der Postamtschließungen!**
- **Rücknahme der Teilprivatisierung der Post, damit in diesem wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge wieder von einer Politik der maximalen Dividende zu einer Politik der bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung – für alle bis zur letzten Adresse – umorientiert werden kann.**
- **Aussetzen der EU-Liberalisierungsrichtlinien im Postbereich für Österreich!**
- **Volksabstimmung über diese Maßnahmen, denn: was alle betrifft, soll auch von allen entschieden werden.**



Gewerkschaftlicher
**LINKS
BLOCK**

GLB

KPO
<http://www.kpoe-steiermark.at>